Erscheint an jedem Werktag. Bestellungen nehmen sämtliche Postanstalten und Postboten entgegen.

Bezugspreis im August ℳ 50 000.— einschl. Trägerlohn, Einzelnummer ℳ 2500.

Anzeigen-Gebühr für die einspaltige Zeile aus gewöhnlicher Schrift oder deren Raum bei einmaliger Einrückung ℳ 4000, Familienanzeigen „ 2500, bei mehrmaliger Rabatt nach Tarif. Bei gerichtl. Beitreibung u. Konkursen ist der Rabatt hinfällig.

Der Gesellschafter

Amts- und Anzeigeblatt für den Oberamtsbezirk Nagold

Nagolder Tagblatt

Gegründet 1829

Schriftleitung, Druck und Verlag von G. W. Zaiser (Karl Zaiser) Nagold.

Fernsprecher Nr. 29.

Verbreitetste Zeitung im Oberamtsbezirk. — Anzeigen sind daher von bestem Erfolg.

Für auf Aufträge wird keinerlei Gewähr übernommen. Es wird keine Gewähr dafür übernommen, daß Anzeigen oder Reklamen in bestimmten Ausgaben oder an der gewünschten Stelle erscheinen. In Fällen von höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung d. Bezugspreises.

Telegramm-Adresse: Gesellschafter Nagold.

Postscheckkonto: Stuttgart 5113.

Nr. 180 — Samstag, den 4. August 1923 — 97. Jahrgang

Tagesspiegel

Der amerikanische Präsident Harding, der seit einigen Tagen an einer Fischvergiftung erkrankt war, ist gestern in San Franzisko einem Schlaganfall erlegen. Sein Nachfolger wird automatisch der derzeitige Vizepräsident Coolidge.

Die unklare und schwächliche Erklärung der englischen Regierung wird in der deutschen Presse allgemein abgelehnt, während die Franzosen glauben, Hoffnungen für die Durchsetzung ihrer Pläne daraus schöpfen zu können. Auch viele englische Blätter sind über die Erklärung enttäuscht.

Im Ruhrgebiet verschlimmern die Franzosen durch große Beschlagnahmungen von Lohngeldern die unter der Arbeiterschaft herrschende Erregung über den Mangel an Zahlungsmitteln.

Politische Wochenschau

Trostlos, wo man nur auch hinsieht! Trostlos und zugleich ungewiß und dunkel! Am 19. Juli gab Baldwin eine bedeutsame Erklärung im Unterhaus ab. Am 20. Juli schickte er einen Antwortentwurf nach Paris, Brüssel, Rom, Tokio und Washington. Was drin steht, weiß außer den beteiligten Regierungen niemand. So viel weiß man nur, daß der Standpunkt der englischen Regierung stark absticht von dem der Pariser, und zwar in der Ruhr- wie in der Reparationsfrage. Man hörte auch, daß die ursprüngliche Fassung schärfer lautete, daß aber auf Verlangen von Lord Curzon und Lord Derby die Spitzen abgebrochen wurden, namentlich der Satz gelöscht wurde: die Ruhrbesetzung widerspreche lebenswichtigen Interessen Englands. Denn man sagte sich: Wenn Poincaré trotzdem auf seiner Ablehnung bestehe, dann bedeute eine solche Haltung zweier Großmächte zu einander nichts weniger als Krieg.

Poincaré ließ auch diesmal England lange auf Antwort warten. Vielleicht hoffte er, daß inzwischen irgend eine für Frankreich günstige Entscheidung an der Ruhr gefallen sein werde, um dadurch jene für die Diplomatie so außerordentlich willkommene Lage einer „vollendeten Tatsache" zu schaffen. Eine längere Pause brauchte er auch aus einem anderen Grunde. Belgien nämlich horchte auch nicht sofort auf den ersten Pfiff aus Paris. Ja, es schien eine Zeitlang, als ob man in Brüssel geneigt wäre, näher an Baldwin als an Poincaré zu rücken. Das aber mußte unter allen Umständen hintertrieben werden. Wie weit dies gelungen ist, läßt sich heute noch nicht beurteilen. Man weiß nur, daß die belgische Antwort halb so groß als die französische ist, daß sie sich aber in den beiden Hauptpunkten decken: Keine Verhandlung vor Einstellung des passiven Widerstandes, keine Räumung des Ruhrgebiets vor gesicherter Reparationszahlungen. —

Am 31. Juli nun erfolgte die Uebergabe der Antworten der Alliierten in London. Ging ziemlich peinlich dabei zu. Der italienische Botschafter Della Toretta erschien zuerst und meldete, daß Mussolini es vorziehe, für den Augenblick nicht zu antworten. Er wolle zu den Schwierigkeiten, die zwischen England, Frankreich und Belgien bestehen, nicht beitragen. Dasselbe erklärte die japanische Regierung. Nun kam der Belgier und überreichte Theunis' Antwort. Dann trat der deutsche Botschafter Dr. Sthamer ein und machte Mitteilungen über die wirtschaftliche Krise in Deutschland. Endlich der französische Botschafter Graf Saint Aulaire mit der Antwort Poincarés. Lord Curzon war sehr wortkarg: er versprach den Herren nacheinander, ihre Antworten dem Kabinett vorlegen zu wollen. Sonst nichts. —

Was dieses tun wird, weiß heute niemand. Die Blätter vermuten, man sei in London über die französische Antwort, weil sie nicht das mindeste Zugeständnis mache, nichts weniger als erbaut, und denke an eine Veröffentlichung der beiderseitigen Dokumente. Letzteres würde so viel bedeuten als den Abbruch der Verhandlungen. Das wäre allerdings den Parisern sehr unangenehm. Andererseits scheinen die Diehards, d. h. die englischen Rechtsradikalen einen Wert darauf zu legen, daß das englisch-französische Einvernehmen nicht vollends ganz in die Brüche geht. —

Für uns Deutsche ist das eine bange Wartezeit. Unsere Ruhrbewohner wälzen sich unter namenlosen Schmerzen in der Hölle Poincarés. Und er schürt und schürt das Feuer zur unerträglichen Hitze. Und wie mag es vollends den vielen Eingekerkerten zumute sein! Wie mag ihnen die Zeit lange werden, bis endlich ihr Schicksal entschieden ist. Und dazu die vielen Ausweisungen. Zu Tausenden und Abertausenden strömen sie, die vertriebenen Eisenbahner mit Weib und Kindern in das unbesetzte Deutschland, das mitleidsvoll seine Arme für sie öffnet. Aber die Heimat können wir, trotz der treuesten Fürsorge, den Obdachlosen nicht ersetzen. —

Sodann unsere „wirtschaftliche Krise". Am 1. August notierte der Dollar nach dem Berliner amtlichen Kurs 1 102 750 Mark. Schauderhaft! Vor 6½ Monaten, am Tage der Ruhrbesetzung 8000! Und jetzt! Daß Gott erbarm! Verächtlich weisen die Ausländer unsere ehemals so hochgewertete Mark als Zahlungsmittel ab. Wie sollen wir die für unsere Industrie so notwendigen Rohstoffe beschaffen? Wie die Lebensmittel für ein Sechzigmillionenvolk, das, trotz aller noch so fortgeschrittenen Technik, auf seinem eigenen Grund und Boden sich nicht hinreichend ernähren kann, vollends jetzt, wo wir am Ende des Wirtschaftsjahrs stehen und bereits die Hand nach der neuen, allerdings hoffnungsreichen Ernte gierig ausstrecken? —

Mit der Geldentwertung steigt die Teuerung ins Unermeßliche. Täglich liest man Zahlen, bei denen man trotz der guten Sommerwärme eine richtige Gänsehaut bekommt. Und wenn man vollends an unsere unglücklichen Rentner denkt, denen jetzt ihre ehemaligen Geldersparnisse als wertlose Papierfetzen vor die zitternden Füße geworfen werden! Kurz, die Not ist riesengroß. Und die Verantwortung der Regierung nicht weniger. Sie hat deshalb schleunige Hilfsmaßnahmen ergriffen: ein Rhein- und Ruhropfer soll aus erhöhten Einkommensteuern aufgebracht, die Kraftfahrzeugsteuer ums Fünfzigfache erhöht, die Verbrauchssteuer nacheinander ebenfalls der Geldentwertung sofort angepaßt werden. Das ist alles gut und recht. Aber erst müssen diese Maßnahmen verfassungsmäßig vom Reichsrat und vom Reichstag genehmigt werden. Darüber vergehen mehrere Wochen. Für solche außerordentliche Notzeiten hätte die Verfassung, deren Geburtstag am 11. August mit sehr gemischten Gefühlen gefeiert werden dürfte, eine Diktatur vorsehen müssen, die schnell und ungefragt durchfahren könnte. —

Gut war übrigens, daß der Reichskanzler sich an die Landwirtschaft mit der Mahnung wandte, sie möge mit ihren Erzeugnissen nicht zurückhalten, sondern so rasch als nur möglich sie der Volksernährung zur Verfügung stellen. Man werde dafür sorgen, daß den Landwirten auf ihren Höfen oder auf ihren Gängen in die Städte von Plünderern und Unruhestiftern nichts zustoße. —

Aber auch an letztere hat die Reichsregierung ein ernstes Mahnwort gerichtet. Jetzt sei nicht die Zeit, das Volk zu beunruhigen. Jetzt gelte es, zusammenzuhalten und allen Zwist zurückzustellen. —

Was kümmerte das die Kommunisten! Sie hielten trotz allen Elends, das zentnerschwer auf unserem armen vielgeprüften Volke lastet, am letzten Sonntag einen Antifaschistentag ab. Breslau und Frankfurt mußten die Woche vorher den „Auftakt" spielen. Dort wurde geplündert, hier ein Staatsanwalt schändlich ermordet. Das ließ nichts Gutes ahnen. Die Regierungen Preußens und anderer Länder verboten die geplanten Kundgebungen. Unsere württembergische Regierung, in richtiger Abschätzung des wahrscheinlichen Verlaufs, gestattete sie. Aber alle Behörden, die für die öffentliche Sicherheit verantwortlich sind, hatten mit starken Vorsichtsmaßnahmen vorgesorgt. —

Der „große" Tag kam und verlief — klein und harmlos. Außer in Neu-Ruppin kam es nirgends zu nennenswerten Zusammenstößen. Die Sozialdemokratie tat bei dem Rummel nicht mit. Die ergraute Arbeiterschaft glänzte durch ihre Abwesenheit. Nur die „liebe Jugend" marschierte hinter blutigroten, mit dem weißen Sowjetstern verzierten Fahnen. Man ließ die Leute in Ruhe, und sie ließen die Faschisten, d. h. alle Nichtkommunisten auch in Ruhe. —

Also einen zweiten „9. November" gabs nicht, keinen Bürgerkrieg, nicht einmal ein „erbebendes Manöver". Ein gutes Zeichen für das deutsche Volk, das trotz allen Elends Ordnung liebt. Die Welt hat wieder einmal gesehen, daß Deutschland noch lange nicht „russisch" ist. —

Nein, jetzt brauchen wir Ruhe, wie noch nie seit dem Weltkrieg. Wir können auch heute keinen Kanzlerwechsel, von dem neuerdings so viel die Rede war, brauchen. Dr. Cuno hat es nicht allen recht gemacht. Der jetzige Sturz der Mark spricht gegen ihn. Aber er hat doch den passiven Widerstand begonnen und bis heute tadellos fortgesetzt, so gut, daß die Welt vor uns Respekt zu bekommen wieder begonnen hat. Geben wir aber heute den passiven Widerstand auf, so gibt uns morgen England preis. Und wenn wir mit dieser Abwehrpolitik nichts erreicht hätten als die Entzweiung der beiden Alliierten, wahrlich der Erfolg wäre des Opfers wert.

Präsident Harding †

San Francisco, 3. August. Präsident Harding ist heute nacht ohne vorangegangene Anzeichen gestorben während einer Unterhaltung mit Familienangehörigen. Die Aerzte konstatierten einen Schlaganfall.

•

Seit der ersten Ernennung Washingtons zum amerikanischen Präsidenten, 1788, ist keinem seiner Nachfolger der Wahlsieg so leicht geworden, wie Warren Harding, dem Erkorenen von 1920. Zu gründlich hatte sein Vorgänger Wilson abgewirtschaftet. Wenn die Union den Krieg 1917/18 verloren hätte, konnte die Unzufriedenheit kaum schlimmer sich gegen den verantwortlichen Staatslenker Luft gemacht haben, als Wilson gegenüber nach der Heimkehr aus Versailles mit dem Vollast eines „Völkerbundes", der die Union auf die Dauer in die Händel Europas verstricken sollte. Der Senat hatte dem ehemaligen Professor sein von Clemenceau und Poincaré abgeschriebenes Friedensdokument wie eine unselbständige Schülerarbeit zerrissen vor die Füße geworfen, und die autokratischen Manieren bei der Verabschiedung Lansings erzeugten eine Entrüstung, die auf die ganze demokratische Partei zurückfiel. Harding war als Verleger der Zeitung „Star" und Bankdirektor seit 1912 einer der beiden Staatsdeputierten von Ohio, nachdem 1910 eine Bewerbung um den Gouverneurposten fehlgeschlagen war. In Washington gelangte er bald in den Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten, zu dessen namhaftesten Mitgliedern er dann zählte. Aber die Propheten, die in ihm einen Durchschnittspräsidenten gewittert hatten, der einfach sich die Richtlinien seiner Politik vom Parteiflügel vorschreiben lassen würde, hatten sich geirrt. An Selbständigkeit des Urteils steht er Wilson nicht nach, aber seine Entschiedenheit hält sich einmal von jenem Eigensinn entfernt, der an dem Vorgänger so sehr mißfiel, und dann bildeten sich seine Meinungen auch in engerer Anpassung an die Verhältnisse der realen Welt. Peinlich vermied er, durch Vernachlässigung der konstitutionellen Form Anstoß zu geben, und seine Regierungshandlungen stellten sich dem unmittelbaren Empfinden als Exponent des nationalen Willens dar, wie es bei Wilson niemals der Fall gewesen war. Die ungefähr erste betraf den Abschluß eines förmlichen Friedens mit Deutschland, nachdem man seit Jahresfrist es bei einseitiger Aufhebung des Kriegszustandes bewenden lassen wollte — ein Verlegenheitsauswurf, der die unklarsten Verhältnisse schuf. Ein so nüchterner Realpolitiker mußte natürlich den wunderlichen Einfall des deutschen Kabinetts Fehrenbach-Simons, seinen Schutz gegen die Vergewaltigung durch das Londoner Ultimatum (Mai 1921) anzurufen, mit kühler Ablehnung erwidern. Man hatte bei uns aus den Erfahrungen mit Wilson leider allzuwenig gelernt. Auch aus der amerikanischen Zurückhaltung von den Konferenzen in Genua und im Haag darf man dem System Harding-Hughes keinen Vorwurf machen. Hughes, der bei den Wahlen von 1916 unterlegene republikanische Kandidat, war von Harding zur Leitung der auswärtigen Angelegenheiten berufen worden. Einen beinahe vollen Erfolg bedeutete die nach Washington selbst berufene Konferenz (November 1921), welche nicht bloß den internationalen Flottenrüstungen eine 10jährige Pause auferlegte, sondern auch den für Amerika bedeutsamen Gewinn zeitigte, daß England und Japan in eine Auflösung ihres 20jährigen Bündnisses willigten. Das noch schwierigere Ziel freilich, auch Frankreich zum Verzicht auf seine kriegerischen Pläne zu veranlassen, blieb damals wie später unerreicht. Harding war 1865 als Sohn eines Dorfarztes schottischer Abstammung geboren. Seine Mutter war holländischer, seine Gattin, Florence King, deutscher Abstammung. Er war Baptist.

Aussprache über die englische Regierungserklärung

London, 3. August. Der englischen Regierungserklärung schloß sich eine Debatte an, die im Oberhaus von Lord Grey und im Unterhause von Ramsay Macdonald eröffnet wurde. Letzterer erklärte insbesondere, daß die französische und die belgische Antwort auf die englischen Vorschläge die englische öffentliche Meinung enttäuscht hätten. Die Arbeiterpartei beglückwünsche die Regierung, in dieser so wichtigen Frage der Reparationen nunmehr eine eigene Politik eingeschlagen zu haben. Die englische öffentliche Meinung werde erstaunt sein darüber, zu vernehmen, daß die französische und die belgische Antwort den englischen Antwortentwurf auf die deutsche Note vom 7. Juni in keiner Weise erwähnt haben.

Im Oberhaus erklärte Lord Birkenhead, daß die ganze französische Nation hinter Poincaré stehe. Aus diesem Grunde solle Frankreich in seinen Reparationen freie Hand gelassen werden. England sollte seine Rheinarmee und seinen Vertreter in der Reparationskommission zurückziehen. Auf diese Weise würde England jeder Verantwortlichkeit an den kommenden Ereignissen enthoben und Frankreich der Weg offen gelassen werden, seine Experimente fortzusetzen. Wenn das Experiment gelingen werde, so werde der Erfolg Frankreich gehören, wenn es mißlinge, werde es den Mißerfolg allein zu verantworten haben.

Lord Grey bezeichnete die Erklärung Lord Curzons als sehr ernst, sie habe ihn enttäuscht. Man müsse aus ihr den Schluß ziehen, daß es sehr schwierig sei, die englischen Pläne mit den französisch-belgischen zu versöhnen. Frankreich sollte immerhin versuchen, den englischen Standpunkt zu begreifen, gerade so wie England dem französischen Standpunkt Rechnung getragen habe. England habe die deutschen Reparationszahlungen nötig, es erkenne aber Frankreich ein Prioritätsrecht für die verwüsteten Gebiete zu. Die Schwierigkeiten kämen daher, weil England der Ansicht sei, daß die französische Reparationspolitik für immer jede Hoffnung auf Bezahlung der Reparationen und auf eine Wiederherstellung Europas zerstöre. Der Redner bekämpfte sodann den Vorschlag Birkenheads, die englischen Truppen aus dem Rheinland zurückzuziehen. Der Vorschlag sei bemerkenswert. England würde dadurch endgültig zu erkennen geben, daß es jede Hoffnung auf eine Einigung mit Frankreich aufgegeben habe. Wenn die Zukunft Europas nicht auf dem Spiele stände, so könnte England allerdings einen solchen Beschluß fassen. Er sei der Ansicht, daß alles versucht werden müsse, um eine Politik zu beseitigen, die von Frankreich angenommen werden könne.

Darauf ergriff Lord Curzon das Wort. Er erklärte, daß die Reparationsfrage nicht nur Frankreich und Belgien, sondern alle Alliierten angehe. Die Reparationsfrage sei eine europäische, ja sogar eine internationale Frage. England könne daher nicht beiseite stehen und Frankreich und Belgien irgendeinen ihnen gut dünkenden Entschädigungsplan verfolgen lassen.

Im Unterhause erklärte Ramsay Macdonald, der Führer der Arbeiterpartei, daß Frankreich allem Anscheinnach nicht in die Ruhr gezogen sei, um Reparationen zu erlangen. Frankreich versuche im Gegenteil, den Krieg nach

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Friedensschluß fortzusetzen. Sodann trat der Redner dafür ein, daß England auf seine Reparationsguthaben verzichte und eine internationale Anleihe für Deutschland begünstigen solle.

Chamberlain erklärte hierauf, daß die Annahme dieser beiden Vorschläge Ramsay Macdonalds ein folgenschwerer Beschluß sein würde. England würde sich damit auf die Seite Deutschlands stellen, um Frankreich zu bekämpfen. Asquith wiederholte den Vorschlag der letzten Tage, im Falle ernster Ereignisse eine außerordentliche Session des Parlaments einzuberufen.

Hierauf ergriff

Ministerpräsident Baldwin

das Wort. England sei der Ansicht, daß die französische Ruhrpolitik nicht darauf berechnet sei, die gemeinsamen Ziele der Alliierten zu erreichen. Die englische Regierung sei einig darin, daß Frankreich so bald als möglich Reparationen bekommen müsse, sie sei aber der Meinung, daß die Besetzung der Ruhr die Erhebung der Reparationen verzögere und nicht nur den Handel Englands, sondern die ganze Welt in Mitleidenschaft ziehe. Mit Bezug auf den passiven Widerstand erklärte Baldwin, daß die englische Regierung nichts zu unternehmen wünsche, um diesen Widerstand zu verstärken. Der Zusammenbruch Deutschlands würde zur Folge haben, daß England weniger Reparationen bekäme und daß eine lange Zeit vergehen würde, bevor die deutschen Finanzen wieder hergestellt werden könnten. Die englische Regierung habe **noch nicht auf die Hoffnung verzichtet**, die Einigkeit unter den Alliierten wieder herzustellen, um eine rasche Gesamtregelung **möglich zu machen.** Wenn eine solche Regelung zustande käme, so würde Deutschland ein starker Industriestaat werden. Er habe nie geglaubt, daß Frankreich und Belgien durch die Besetzung der Ruhr andere Ziele verfolgten, als Reparationen zu erlangen. Zum Schlusse erklärte Baldwin, daß er immer ein Freund Frankreichs gewesen sei. Er wünsche darum, mit Frankreich bis an die Grenze des Möglichen zusammenzuarbeiten.

Nach Baldwin ergriff Lloyd George das Wort: Er erklärte, daß während der Parlamentsferien zwei folgenschwere Ereignisse eintreten könnten, entweder der Zusammenbruch oder die Kapitulation Deutschlands. Im Falle des Zusammenbruches Deutschlands würde Frankreich endgültig in den Besitz der Ruhr gelangen und damit der europäischen Kohlen- und Eisenmarkt beherrschen. **Ueber die Ziele Frankreichs könne heute kein Zweifel mehr bestehen.** Wir haben Frankreich zu diesem Zwecke gewarnt. Wir hoffen, daß wir Erfolg haben.

Darauf wurde die Aussprache über die Regierungserklärung geschlossen. Das Haus vertagte sich auf 13. November.

Der italienische Botschafter begab sich Donnerstag nachmittag ins Foreign Office, wo er die schriftliche Antwort der italienischen Regierung auf die jüngsten englischen Vorschläge überreichte. Außerdem wird mitgeteilt, daß nach einer Meldung aus Tokio die schriftliche Antwort der japanischen Regierung auf dem Wege sei.

•

Die Beurteilung in Berlin

Berlin, 3. August. Die gestrige Regierungserklärung Baldwins im Unterhaus wird in verschiedenen Punkten von den Berliner Blättern scharf abgelehnt. In der Frage des passiven Widerstands faßt der „Berliner Lokalanzeiger" den Eindruck des von Baldwin mitgeteilten englischen Antwortentwurfs in die Worte zusammen: Welche Regierung auch jemals in Deutschland an das Ruder kommen würde, sie könne immer nur die eine Auffassung vertreten, daß der Bevölkerung des Ruhrgebiets die Aufgabe des passiven Widerstands nur zugemutet werden könne, wenn sie die sofortige Zusicherung der umgehenden Aenderung der jetzigen Besetzungsmethode erhalte und außerdem die Zusicherung der Räumung der widerrechtlich besetzten Gebiete in kürzester Frist. Außerdem müsse die Freigabe der Gefangenen, die Rückkehr der Vertriebenen und die Beseitigung der Eisenbahnregie zugestanden werden. — Die „Deutsche Allgemeine Zeitung" schreibt: Die englische Regierung empfiehlt uns, unsere einzige Waffe aus der Hand zu geben, ohne uns die geringste konkrete Gegenleistung zu geben. **Die Aufforderung zur Kapitulation wird man in ganz Deutschland begreifen. Es ist wichtig, daß England volle Klarheit darüber besitzt,** daß keine deutsche Regierung denkbar ist, die der Bevölkerung des Ruhrgebiets bei ihrem passiven Widerstand gegen die Eindringlinge in den Rücken fällt. — Auch das „Berliner Tageblatt" erklärt, es könne immer nur wiederholt werden, daß für das deutsche Volk ein Verzicht auf den passiven Widerstand ohne die Gewährung gleichzeitiger Garantien für eine baldige Räumung des Ruhrgebiets mit aller Konsequenz nicht in Frage kommen kann. Alles in allem bleibe nach den Erklärungen Baldwins und Lord Curzons für uns die Tatsache bestehen, daß die englische Politik zwar nicht mit drakonischen Mitteln, aber doch mit unvermindertem Druck fortgesetzt wird und daß unsere oberste Aufgabe ist, uns mit doppelter Energie zusammenzureißen, um nicht durch einen **Anfall von Schwäche die englische Aktion** während ihres langsamen Ganges zum Mißerfolg zu bringen.

Frankreich ist nicht unbefriedigt

Paris, 3. August. Die gesamte Morgenpresse nimmt zu den Erklärungen des englischen Parlaments Stellung. Der „Petit Parisien" schreibt: Man sieht, die im Auszug veröffentlichte französische Antwort auf den englischen Fragebogen läßt die Türe für Verhandlungen offen. Die französische Regierung hat übrigens gewünscht, daß die Verhandlungen fortgesetzt werden über die Frage, wie man Deutschland eine Antwort erteile. Uebrigens, die Verhandlungen können noch eine ziemlich lange Zeit fortgesetzt werden und es wird wohl eine gewisse Zeitspanne andauern, bevor ein Uebereinkommen möglich wäre. In offiziellen französischen Kreisen will man in den Worten Baldwins und Curzons den Wunsch erblicken, die Entente nicht auseinanderzureißen und man stellt mit Vergnügen fest, daß die Legimität der französischen Aktion im Ruhrgebiet nicht angezweifelt wurde.

Paris, 3. Aug. Der „Temps", das französische Regierungsblatt, beurteilt die englische Regierungserklärung von gestern nachmittag wie folgt: Es sei leicht auf den Vorwurf zu antworten, daß die französische und die belgische Note sich nicht über den englischen Entwurf einer Antwort an Deutschland ausspreche. Bevor sie Abänderungen zum englischen Entwurf vorschlagen könnten, hätten Frankreich und Belgien wissen müssen, worauf England hinaus wollte. Jetzt kündige die englische Regierung an, daß sie sich an die öffentliche Meinung der ganzen Welt wende und ihrem Urteil die zwischen den Gläubigern Deutschlands eingeleitete Debatte unterbreiten werde. Diese Neuigkeit sei allerdings in rethorische Vorsichtsmaßregeln eingeschlossen. Nichtsdestoweniger schmeichle sich die englische Regierung, die öffentliche Meinung der Welt mit sich reißen zu können. Aber das Manöver könnte leicht auch zur Folge haben, daß unter den Gläubigern Deutschlands eine nicht wieder gut zu machende Uneinigkeit in ganz Europa und in der ganzen Welt ausbreche. Wie könne eine derartige Politik gerechtfertigt werden? Anstatt einer Erklärung werde im allgemeinen angegeben, daß das Kabinett Baldwins gehalten sei, verschiedenen Notwendigkeiten Rechnung zu tragen, finanziellen, politischen und wirtschaftlichen. Diesen Notwendigkeiten spricht der „Temps" unter Benutzung gewisser englischer Meinungsäußerungen das bloße Vorhandensein ab. Seine Schlußfolgerung ist vielmehr, es gebe keinen Grund, den die englische Regierung mit gutem Gewissen eingestehen könnte und der sie zwingen könnte, sich von Frankreich zu trennen. Das sei hervorgehoben in dem Augenblick, in dem die Erklärung Baldwins und Lord Curzons gegen die Belgier und Franzosen die ganze Welt mobil zu machen versuchten.

Enttäuschung im eigenen Lager

London, 3. August. Die Morgenblätter verbergen fast durchweg nicht die Enttäuschung über die Regierungserklärung. Die „Times" geben zu, daß England vorläufig noch keinen Plan zur Lösung der mitteleuropäischen Frage ausgearbeitet hat. Die „Daily Mail" schreibt, daß die gestrigen Erklärungen eine große Enttäuschung für das ganze Volk gebracht hätten. „Daily Chronicle" stellt fest, die Parlamentsvertagung auf drei Monate habe die Oeffentlichkeit ohne Mitteilungen und Informationen einem Ministerium ausgeliefert, das anscheinend nicht wisse, was es wolle, während tragische Ereignisse von großer Bedeutung für England und Europa sich abspielten.

Frankreichs Antwort an England

Paris, 3. August. Das französische Außenministerium erklärte Donnerstag abend, daß, wenn die englische Regierung die Dokumente veröffentlichen werde, worin sie ihren Standpunkt auseinandersetze, die französische Regierung ebenfalls andere Dokumente veröffentlichen werde, die ihren Standpunkt wiedergeben. Da nun in der englischen Regierungserklärung der Inhalt der englischen Vorschläge vom 21. Juni bekannt gegeben worden ist, hat **die französische Regierung schon Donnerstag abend darauf geantwortet, indem sie ihrerseits den Inhalt der französischen Antwort vom 26. Juli veröffentlicht.** Es wird darin gesagt, daß **Frankreich erklärt** habe, **es werde die Ruhr nur im Verhältnis der deutschen** Zahlungen räumen. Nachdem es vier Jahre lang gewartet habe und nachdem sein Standpunkt in mehreren Konferenzen auseinandergesetzt worden sei, ohne daß die Beschlüsse der Konferenzen je durchgeführt worden seien und nachdem Deutschland mehrere Moratorien gewährt und ihm mehrere wirkungslose Ultimaten gestellt worden seien, könne Frankreich heute der Räumung der Ruhr nicht zustimmen.

Wenn Deutschland den passiven Widerstand sofort einstelle, so würde Frankreich die Besetzung der Ruhr in gewissem Sinne abändern, soweit dies mit der Sicherheit seiner Truppen und Ingenieure sowie mit der Erhaltung seines Pfandes vereinbar wäre. Dadurch, daß Frankreich die Ruhr besetzt habe, habe es Deutschland den Zahlungswillen beibringen wollen. Es habe die Ueberzeugung, daß wenn die englische Regierung ihre Mißbilligung über eine Politik erklärt hätte, die Deutschland ruiniere und ganz Europa mit Ruin bedrohe, dann sofort alles wieder in normale Verhältnisse zurückgeführt wäre. **Die französische Regierung sei dagegen mit der englischen Regierung darin einig, daß in Deutschland der Markkurs stabilisiert, der deutsche Staatshaushalt geordnet und die Erzeugung ermutigt werden sollte.** Frankreich erkläre weiter, daß der Ruin Deutschlands nicht der Besetzung der Ruhr zuzuschreiben, sondern das Werk des Deutschen Reiches selbst sei. Die Franzosen wünschten außerdem zu wissen, ob die **Frage der inkrallierten Schulden** in der Gesamtregelung inbegriffen sein solle oder nicht. Was den Vorschlag der **Sachverständigenkommission** anbelange, wünsche die französische Regierung zu wissen, welcher Nation die Sachverständigen sein sollten und wie ferner die Sachverständigen ernannt würden, ob durch die Regierungen oder die Reparationskommission. **Die französische Regierung frage sich aber, warum die deutsche Zahlungsfähigkeit neu festgestellt werden solle.** Die deutsche Zahlungsfähigkeit sei im Jahre 1921 festgesetzt worden. Es bestehe keine Gewähr dafür, daß die neuen Zahlen noch in 10 oder 15 Jahren gültig wären. Nach dem Artikel 234 des Versailler Vertrages sei übrigens die Reparationskommission damit beauftragt, die deutsche Zahlungsfähigkeit festzusetzen. Man dürfe nicht hoffen, eine Zahl festsetzen zu können, die von der deutschen Regierung als gerecht und durchführbar angesehen würde.

Aus dem Ruhrkampf

Verschwinden der Kokshalden

Essen, 3. Aug. Unter der Ueberschrift „Verschwinden der Kokshalden" schreibt die „Rheinisch-Westfälische Zeitung": Da die Lagerbestände an Koks aus dem Ruhrrevier fast ganz abtransportiert sind, vermehren die französischen Besatzungstruppen ihre Anstrengungen, um den für ihre Hüttenindustrie unentbehrlichen Brennstoff zu erhalten. Schon seit einiger Zeit griff die Besatzung auf die Lagerbestände der Eisenwerke an der Ruhr zurück. In den letzten Tagen **versuchte man die Belegschaften** einzelner Zechen zur Aufnahme des Kokereibetriebes **zu zwingen,** indem man ihnen im Weigerungsfalle den Zutritt zu sämtlichen Anlagen der Zechen unmöglich machte und so die Zechen überhaupt stillegt. Dieses Vorgehen endete vor längerer Zeit auf den staatlichen Gruben mit einem **glatten Mißerfolg** infolge des **einmütigen Widerstandes der Beamten und Arbeiter.** Auch der auf den privaten Zechen unternommene neue Versuch, die Kokserzeugung für die Besatzungsmächte in Gang zu bringen, scheiterte an der Weigerung der Belegschaften, für sie zu arbeiten. Der Brennstoffversand nach Frankreich und Belgien aus dem Ruhrbezirk hat im Juli gegenüber dem Monat Juni eine beträchtliche Abnahme erfahren, und man rechnet damit, daß der Koksversand gegen Ende dieses Monats ganz aufhören wird.

Essen, 3. August. Wie das „Ruhrecho" zu den gestrigen Vorfällen in Oberhausen berichtet, sollen von den Arbeitern drei getötet, 18 schwer verletzt und viele leicht verletzt worden sein.

Neue Nachrichten

Die wertbeständigen Bahntarife

Berlin, 2. August. Wie die „Vossische Zeitung" erfährt ist zum 1. September mit der Einführung sowohl wertbeständiger Gütertarife, als auch wertbeständiger Personentarife bei der Reichsbahn mit Sicherheit zu rechnen. Nach der heute vormittag erfolgten Rückkehr des Reichsministers Gröner von einer Dienstreise sind die leitenden Beamten des Verkehrsministeriums zu einer Beratung der Indexfrage zusammengetreten. Es soll geplant sein, bei der Berechnung der Tarife den Friedenstarif zugrunde zu legen und ihn mit einem Entwertungsfaktor zu multiplizieren, der aus dem Weltmarktpreis für Kohle und Eisen, den Inlandlöhnen usw. errechnet wird. Ende der nächsten Woche wird der ständige Ausschuß des Reichseisenbahnrats zusammentreten um über eine eventuell noch vor dem 1. September notwendig werdend Tariferhöhung und über die Valorisierung der Tarife zu beraten.

Ehrhardt in Schweden?

Stockholm, 3. August. Die schwedischen Blätter melden daß der Kapitän Ehrhardt über die Grenze nach Schweden entkommen sei und sich in Stockholm aufhalte. Die Stockholmer Polizei, die von verschiedenen Berichterstattern befragt wurde, ob von schwedischer Seite Maßnahmen gegen Ehrhardt beabsichtigt wären, verweigerte jede Auskunft, ohne aber das Gerücht von dem Auftauchen Ehrhardts zu dementieren. Der Berliner politischen Polizei liegt noch keine Bestätigung dieser Meldung vor.

Streik und Standrecht in Ungarn

Budapest, 3. August. Die Lokomotivführer traten wegen Lohndifferenzen in den Streik. Die Regierung ist entschlossen mit den energischsten Mitteln den Streik zu bekämpfen und Ordnung zu halten. Zu diesem Zweck hat ein außerordentlicher Ministerrat den Justizminister beauftragt, das Standrecht für das ganze Land zu verkünden. Der Verband der Lokomotivführer wurde aufgelöst und die Mitglieder des Exekutivausschusses der Streikenden wurden in Haft genommen.

Das neue Abkommen im Buchdruckgewerbe

Berlin, 3. Aug. Unter persönlichem Vorsitz des Reichsarbeitsministers wurde in später Nachtstunde ein Abkommen für das deutsche Buchdruckgewerbe getätigt, das für die laufende Woche vom 28. Juli bis 3. August eine Erhöhung des Spitzenlohns um insgesamt 400 000 ℳ, für die Woche vom 4. bis 11. August eine Erhöhung des Spitzenlohns auf 2 400 000 ℳ vorsieht. Die Lohnregelung für die Woche vom 12. bis 19. August erfolgt in der Weise, daß der Spitzenlohn unter Zugrundelegung der für den 6. August festzustellenden Reichssteuerindexziffer zu errechnen ist. Die Schlußziffer wurde mit Wirkung vom 4. August auf 5000 festgesetzt.

Württemberg

Stuttgart, 3. Aug. Bekämpfung der Zahlungsmittelnot. Die Württ. Notenbank ist vom Staatsministerium beauftragt worden, zur Bekämpfung der Zahlungsmittelnot über ihr Kontingent hinaus weitere 200 Milliarden Mark Papiergeld herzustellen und sofort in den Verkehr zu bringen. Durch diese Maßnahmen wird die Zahlungsmittelnot in wenigen Tagen wesentlich gemindert sein.

Stuttgart, 3. Aug. Stuttgarter Notgeldschein zu 1 Million Mark. Die ungeheure Bargeldnot zwingt die Stadtverwaltung zur Herausgabe von Geldscheinen im Nennwert von 1 Million Mark. Die erste Serie wird heute erscheinen und zunächst für den eigenen großen Bedarf der städtischen Kassen verwendet werden. Im Laufe des Samstag werden auch für den allgemeinen Verkehr größere Summen zur Verfügung gestellt werden können. Der 1-Million-Schein ist bei der Raschheit, mit der er hergestellt werden mußte, sehr einfach gehalten. Er trägt die mechanisch vervielfältigte Unterschrift des Oberbürgermeisters und des Stadtpflegers und ist gegen Fälschung geschützt durch zwei Wasserzeichenbänder, die das Stadtwappen enthalten und durch handschriftliche Unterschrift eines Beamten der Stadtpflege.

Stuttgart, 3. Aug. Gegen die Schließung der Ladengeschäfte. Bei einer Besprechung mit Vertretern verschiedener Kreise über die Beseitigung der Bargeldnot wurde darauf hingewiesen, daß in letzter Zeit manche Ladengeschäfte oft tagelang geschlossen halten. Das Stadtschultheißenamt richtet die Aufforderung an die Geschäftswelt, alles aufzubieten, um die Schwierigkeiten, denen die Versorgung der Bevölkerung unter den heutigen Verhältnissen begegnet, zu überwinden und jedenfalls eine ungerechtfertigte, auch nur vorübergehende Schließung von Geschäften in ihrem eigenen Interesse zu unterlassen.

Vaihingen a. F., 3. Aug. Bauunfall. Am Bahnbau Leinfelden-Waldenbuch verunglückte der Vorarbeiter Hans Dunz bei Sprengungsarbeiten schwer. Ein Schuß ging ins Gesicht. Die Sehkraft soll vollständig verloren sein. Auch die sonstigen Verletzungen sind so erheblich, daß an seinem Aufkommen gezweifelt wird.

Göppingen, 2. August. Verbotene Antifaszisten-Vereinigung. Ueber eine hier gegründete aber von der Polizei verbotene Vereinigung Schwabenland berichtet die Göppinger Zeitung. Es ist, wie uns an amtlicher Stelle versichert wurde, erwiesen, daß die Mitglieder der Vereinigung mit sogenannten Stahlruten (Spiralknüppeln) ausgerüstet sind und auch schon Uebungen nach militärischem Muster abgehalten haben. Die Stahlruten sind hier in der Fabrik von Klein (Härtewerk) hergestellt worden. Die Sonderorganisation ist in Gruppen und Riegen geordnet. Wie wir von amtlicher Seite hören, hat Abgeordneter Kinkel bei seiner Vernehmung durch die Landeskriminalpolizei geäußert, man habe sich aus freien Stücken entschlossen, sich

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

mit Schlagwaffen zu bewaffnen, von denen nur im Fall äußerster Not Gebrauch gemacht werden sollte. Da der Ladenpreis für einen Spiralknüppel 60 000 ℳ betrage, hätten sich Parteimitglieder entschlossen, nach Feierabend in der Fabrik von Klein diese Knüppel herzustellen. So seien 600 bis 700 Stück hergestellt worden. 100 Stück seien dem Abgeordneten Schuler (Soz.) nach Stuttgart geschickt worden. Fabrikant Klein erklärte bei seiner Vernehmung nicht gewußt zu haben, daß die Knüppel zur Bewaffnung von Hundertschaften dienen sollten. — Der Drehermeister Zaber der Firma Klein gab an, daß die Knüppel meistens in der Zeit von 12 bis 2 Uhr nachts angefertigt wurden also nicht „nach Feierabend". Sie sollten gegen die Faszisten verwandt werden.

Calw, 3. Aug. Glücklich verschont. Wie das Jugendamt mitteilt, sind in dem letzten Wagen des D Zugs 88, der auf den in Kreienfen stehenden Vorzug auf fuhr, auch vier Ferienkinder aus Calw und 6 aus Neuenbürg gewesen, die glücklicherweise alle mit dem bloßen Schrecken davonkamen.

Calw. vom Rathaus. In der letzten Gemeinderatssitzung wurden die Grab- Maurer und Steinhauerarbeiten am Schulhausneubau an Baumeister Alber für 939 480 000 Mark vergeben. Das Offert von Alber ist um rund 100 Mill. billiger als das der Gebr. Pfeiffer und Walz. Der Vorsitzende, Stadtschultheiß Göhner, teilte einen Erlaß der Forstdirektion mit, wonach ein außerordentlicher Holzhieb ausschließlich zur Deckung der Schulhausbaukosten genehmigt wird. Es dürfen 2000 Festmeter in Abteilung 5 des Waldes geschlagen werden; im 10 Wirtschaftsjahre ist ein Ausgleich dieser außerordentlichen Nutzung herbeizuführen. Vom Jahr 1925 ab dürfen jährlich nur 2200 Festmeter statt bisher rund 3000 Festmeter gehauen werden. Stadtbaumeister Herdolzheimer erhält ab 10. August Urlaub um am 17 August nach Amerika abzureisen; seine Stelle bleibt auf Wunsch so lange offen, bis er auf amerikanischem Boden gelandet ist.

Reutlingen, 3. August. Besitzwechsel. Das Hotel Kronprinz ist in den Besitz von Gottfried Gagermaier übergegangen, der es gestern übernommen hat.

Vom Bodensee, 3. August. Dem Tode entronnen. Während ein orkanartiger Weststurm über den Untersee brauste, kreuzten der alte Reichenauer Fischer Kilian Glönkler und ein Kurgast namens Klingler aus Stuttgart in einem Segelboot auf der Höhe zwischen der Insel Reichenau und Mannenbach. Plötzlich erfaßte eine heftige Böe, die nicht mehr pariert werden konnte, das Boot und kippte es um. Um die beiden Insassen zu retten, eilte ein von drei Reichenauern besetztes Motorboot herbei, allein dieses stieß im Sturm auf das treibende Segelboot und kenterte selbst, sodaß nunmehr 5 Personen in den hohen Wellen um ihr Leben kämpften. Auf die verzweifelten Hilferufe eilten dann von allen Seiten Motor- und Fischerboote herbei, und es gelang glücklicherweise, alle Verunglückten, wie auch die beiden havarierten Boote an Land zu bringen.

Aus Stadt und Bezirk.

Nagold, den 4. August 1923.

Zum Sonntag.

In tiefer Freude versunken beschaute ich mir ein golden wogendes Ährenfeld. Ueber mir sang eine Lerche. Es klang mir wie eine Hymnenbotschaft: Wieder für ein Jahr Brot erwachsen aus dem deutschen Boden; welch ein Wunder, welch eine Güte! Da, mit einem Mal vom Feldweg herüber ein lauter, leidenschaftlicher Ruf; klatschend fällt die Peitsche auf den Rücken der Zugtiere, ein fluchender Bauer! Er macht's nicht schlimmer als viele andere in der Werkstatt oder auf der Eisenbahn; aber mir verdirbt er gründlich die Stimmung und bringt mich zum Nachdenken über das Fluchen. Ist's etwas Harmloses? Ist's gar ein Zeichen von Stärke? Nein, es ist ein Zeichen von Schwäche, von Mangel an Selbstbeherrschung; und noch dazu ein Zeichen von Ehrfurchtslosigkeit, von Mangel an Sinn für das Heilige, und unbestreitbar bringt es einen rohen, erbitternden Ton hinein in unser Zusammenleben. Und darum sage ich mir und andern: Es liegt wahrhaftig genug Fluch auf unserer streitzerissenen Erde; wenn wir noch mehr Fluch auf sie herabrufen, so läuft das Maß über und verschüttet vollends alles Gute. S. P.

Bezirksfest des Ev. Volksbundes in Nagold. Während andere Bezirke im Umkreis schon seit Jahren es mal jährlich zu einem Bezirksfest zusammenkommen, hat der Nagolder Dekanatsbezirk bisher ein solches gefehlt. Morgen wollen wir das erste feiern. Sein Sinn ist klar. Ein „Volksbund" kann nur bestehen, wenn das Volk sich seiner Verbundenheit immer wieder bewußt wird. Was uns verbindet, ist bekannt: es ist derselbe Glaube und dieselbe Liebe. Derselbe Glaube, daß in Christus uns und unserem Volk Ziel und Weg, Kraft und Friede gegeben ist; dieselbe Liebe, die uns dringet, miteinander dahin zu wirken, daß Christi Geist, der Geist der Wahrheit und Gerechtigkeit, der Liebe und Reinheit, als ein Sauerteig alle Verhältnisse und Zustände und Volksschichten durchdringe, damit Gottes Reich komme und sein Wille auch auf Erden geschehe. Nichts ist uns nötiger in dieser Zeit äußeren Drucks und innerer Auflösung. Bitter not tut uns, alle guten Kräfte zusammenzuraffen und neue zu wecken, die einen aufzurütteln und die andern zu trösten und hoch über dumpfer Verzweiflung das Licht der Hoffnung leuchten zu lassen. Darum hoffen wir auch auf eine starke Beteiligung aus Stadt und Land. Ein Festtag im wahren Sinn soll es werden und Gott möge seinen Segen dazu geben! — (Näheres enthält das Programm der gestrigen Anzeige).

Allerlei

Englische Luftbahnzüge. Das englische Kabinett hat dieser Tage den Vorschlag grundsätzlich angenommen, Verkehrslinien für Luftschiffe auszugestalten, die von London bis Australien durchgeführt werden. Die Verkehrszeiten von London bis Aegypten werden zwei Tage, bis Indien fünf Tage und bis Australien zehn Tage in Anspruch nehmen. Jeder Luftbahnzug soll 150 Personen befördern und im Stil eines Luxuszuges mit Restaurants, Wohn- und Schlafräumen ausgestattet sein.

Dreifacher Schiffszusammenstoß. An der Küste von Norfolk ereignete sich dieser Tage der seltsame Zufall, daß drei Schiffe zusammenstießen, von denen zwei auf der Stelle sanken. Infolge eines nächtlichen Gewitters trieben über die Nordsee dichte Nebelschwaden, so daß der mit Kohlen von Blyth nach Marseille steuernde spanische Dampfer „Begona V" das Schwedenschiff „El Dorado" in voller Fahrt rammte. Während sich die 41 Köpfe des sinkenden „El Dorado" unter aufregenden Schwierigkeiten auf die „Begona V" zu retten suchten, tauchte plötzlich der Rumpf des Liverpooler Dampfers „Sheridan" aus dem Nebel. „Sheridan" kam mit Volldampf angebraust und schnitt die „Begona V" mitten durch. Der spanische Dampfer sank unter heftigen Explosionen der berstenden Kessel. Von der Besatzung sprang ein Teil über Bord. Der andere Teil rettete sich in das einzige, gebrauchsfähig gebliebene Boot. Zum Glück konnte die „Sheridan" die gesamte Mannschaft dem Wellentode entreißen. Später nahm der Hilfsdampfer „George Jewlon" aus Yarmouth, der auf eine drahtlose Unglücksbotschaft ein sofort in See gegangen war, die Schiffbrüchigen auf und brachte sie an Land.

Folgenschwerer Einsturz eines Neubaues. Aus Kaiserslautern wird gemeldet: Ein schweres Bauunglück hat sich auf dem Hahnbrunnerhof ereignet, dessen Besitzer zurzeit einen Doppelneubau ausführen läßt. Als Steine auf das Gerüst getragen wurden, stürzte eine Giebelmauer zusammen und verletzte fünf Personen so schwer, daß sie ins Krankenhaus nach Kaiserslautern gebracht werden mußten.

Mord in der Grottauer tschechoslowak. Grenzwache. In der Kanzlei der tschechoslowakischen Grottauer Grenzwache wurde der Finanzinspektor Ruß von einem Schmuggler ermordet. Dieser zog bei der Visitation plötzlich einen Revolver und streckte Ruß durch drei Schüsse in den Nacken nieder. Der Mörder, der Seifert heißt und aus Königstein an der Elbe kommt, wurde bei der Verfolgung, nachdem er sich durch Schüsse verteidigt hatte, erschossen.

Wiederaufnahme des europäisch-chinesischen Postverkehrs. Wie aus Moskau berichtet wird, ist der europäisch-chinesische Briefverkehr über Rußland wieder aufgenommen worden.

Handelsnachrichten

Der Dollar am 3. August: 1 102 750.

Zurückhaltung am Devisenmarkt

Der Tod des Präsidenten Harding wirkte auf die Börse ziemlich überraschend. Es machte sich infolgedessen eine gewisse Unsicherheit geltend. Man ist über den Nachfolger noch nicht unterrichtet, doch erwartet man einen für Deutschland günstiger gestimmten Präsidenten. Die Goldanleihe der Reichsregierung übte keinen nennenswerten Einfluß aus. Ebenso machten sich keine Nachwirkungen der gestrigen Diskonterhöhungen bemerkbar. Die Zurückhaltung an der Börse wird noch verschärft durch die auf Montag erwartete Wiedereinführung des Freiverkehrs in Devisen. Man berät zurzeit noch, inwieweit man die Zulassung zum Handel mit Devisen beschränken will.

Verdoppelung des Goldzollaufgelds. Vom 8. August bis einschließlich 14. August beträgt das Goldzollaufgeld 10 919 900 v. H.

Der Stand der Großhandelspreise am 31. Juli. Die Großhandelsindexziffer des Statistischen Reichsamtes ist vom 24. 7. bis 31. 7. um 131 v. H. auf das 183 510fache der Vorkriegszeit gestiegen und zeigt damit eine außerordentliche Erhöhung an, die das allgemeine Preisniveau durch die Steigerung des Dollars um 176 v. H. erfahren hat. Im einzelnen haben sich erhöht: Lebensmittel um 103 v. H. auf das 145 521fache, Industriestoffe um 170 v. H. auf das 254 534fache, Inlandswaren um 122 v. H. auf das 160 841fache, Einfuhrwaren um 158 v. H. auf das 296 357fache. Trotz der gewaltigen Steigerung haben die Preise mit der gleichzeitigen Dollarentwicklung nicht Schritt gehalten, sodaß ihr Goldniveau von 80.6 auf 70 v. H. gesunken ist.

Spirituspreis. Der Beirat beim Reichsmonopolamt für Branntwein hat den regelmäßigen Verkaufspreis für prima Sprit von 140 000 ℳ auf 420 000 ℳ pro Liter Weingeist erhöht. Eine Freigabe von prima Sprit findet jedoch vor der nächsten Beiratssitzung (14. August) nicht statt.

Hefepreis. Ab 1. August kostet 1 Pfund Hefe im Anbauf 50 000 Mark.

Stuttgarter Börse, vom 3. August. Während zu Beginn der Börse bei fester Grundstimmung sich das Geschäft lebhaft gestaltete, schwächten sich die Kurse in deren Verlauf auf Gewinnsicherungen ab. Verschiedene Spezialwerte jedoch erwiesen sich als besonders verlangt und stark erhöht. Die gestern erfolgte Diskonterhöhung blieb ohne größeren Einfluß, doch war eine gewisse Zurückhaltung seitens der Käufer angesichts der gespannten Geldmarktlage zu beobachten. Die Stimmung bleibt jedoch zum Wochenschluß zuversichtlich. Von Bankaktien erfreuten sich Vereinsbank besonderer Nachfrage, sie mußten zum Kurs von vorgestern (350 T.) rationiert werden. Notenbank stiegen von 700 T. auf 800 T., Hypothekenbank festigten sich auf 150 T. Am Markt der Brauereiwerte gewannen Ravensburg und Eßlinger beide 100 T. und notierten 500 T. bezw. 600 T., Rettenmeyer und Hohenzollern erhöhten ihre Kurse um 50 T. auf 750 T. bezw. 450 T., Wulle begegneten lebhafter Nachfrage, sie mußten 150 T. höher bei 750 rationiert werden, die jungen blieben 700 T. Von den Metallaktien waren Feinmechanik weiterhin stark gesucht, sie stiegen in einem Sprung um 1 M. auf 4 M., zu welchem Kurs noch Rationierung eintreten mußte; die jungen schlossen 3.9 M. Hedner hielten sich unverändert bei 2.8 M., ebenso Andreas Koch bei 1.9 M. Dagegen setzte stürmische Nachfrage nach Metallwaren ein, die einen Gewinn von 800 T. zu verzeichnen hatten und zu einem Kurs von 4.5 M. rationiert werden mußten. Am Markt der Maschinenwerte notierten Daimler abgeschwächt 775 T. gegen 890 am Mittwoch, auch Laupheimer gaben 300 T. nach und gingen auf 2.7 M. zurück. Magirus notierten 650 T. gegen 700 T. zuletzt. Eßlingen mußten um 25 000 auf 1.5 M., Heller um 30 T. auf 790 T. weichen, Neckarsulmer waren zu dem um 20 T. ermäßigten Kurs von 1.05 M. verlangt. Von den Spinnereiaktien mußten Erlangen bei 2.5 M. rationiert werden, Unterhausen notierten ohne Veränderung 3.4 M., Bietigheim zogen um 500 T. auf 4.5 M. an, Kolb-Schüle gaben um 100 T. auf 2.1 M. nach. Pfersee verbesserten ihre Notiz um 500 T. auf 3.7 M., Kuchen die übrige um 300 T. auf 2.8 M., Filz wiesen eine Steigerung von 2.3 auf 3 M. auf, Leinenindustrie erhöhten ihre Notiz, da von allen Seiten gefragt, von 3.7 auf 5.2 M. Kattun schlossen, wie zuletzt, 2.5 M. Von den sonstigen Werten lagen Anilin fest bei 2.6 M., ebenso Heidelberger Zement bei 1.65 M., Kaiser Otto notierten wie am Mittwoch 600 T., Knorr desgleichen 650 T., Leihbrand kamen unwesentlich höher mit 300 T., Krumm ein wenig niedriger mit 500 T. zur Notierung, Köln-Rottweil setzten ihre Aufwärtsbewegung fort und stiegen auf 2.2 M. (zuletzt 1.75 M.). Besonders bemerkenswert war die außergewöhnliche Steigerung von Salzwerk Heilbronn, die ihren Kursstand verdoppeln konnten und bei 10 M. schlossen. Wachenheim erhöhten ihre Notiz um 400 T. auf 2.4 M., während Stuttgarter Zucker ihren vorgestrigen Gewinn nicht voll behaupten konnten und sich um 200 T. auf 1.3 M. abschwächten. Union Deutsche Verlagsgesellschaft stellten sich 200 T. höher auf 1.2 M., Mannheimer Oel 100 T. höher auf 1.0 M., Ziegelwerke Ludwigsburg dagegen waren unverändert 1 M. Württ. Vereinsbank.

Das Wetter

Eine Reihe von Luftwirbeln zieht aus dem Atlantischen Ozean herauf, nimmt zwar in der Hauptsache nördlich von uns ihren Weg nach Osten, verursacht aber auch in Süddeutschland Störungen. Am Sonntag und Montag ist deshalb meist bedecktes, regnerisches und kühleres Wetter zu erwarten.

Amtliche Bekanntmachungen.

Preistreiberei.

Es ist Anlaß gegeben, auf die wichtigeren Vorschriften der am 15 August d. J. in Kraft tretenden neuen Preistreibereiverordnung vom 13 Juli d. J., RGBl. S. 700 ausdrücklich hinzuweisen.

1. Wegen **Höchstpreisüberschreitung** wird bestraft, wer vorsätzlich einen höheren Preis als den Höchstpreis fordert oder sich oder einem anderen gewähren oder versprechen läßt, sowie wer vorsätzlich beim Erwerb zum Zweck der Weiterveräußerung mit Gewinn einen höheren Preis als den Höchstpreis gewährt oder verspricht (§ 2 der Verordnung).
2. Wegen **Preiswuchers** wird bestraft, wer vorsätzlich für einen Gegenstand des täglichen Bedarfs einen Preis fordert, der unter Berücksichtigung der gesamten Verhältnisse einen übermäßigen Gewinn enthält, oder einen solchen Preis sich oder einem anderen gewähren oder versprechen läßt (§ 3 a. a. O.).
3. Wegen **Leistungswuchers** wird bestraft, wer vorsätzlich für eine Leistung zur Befriedigung des täglichen Bedarfs eine Vergütung fordert, die unter Berücksichtigung der gesamten Verhältnisse einen übermäßigen Verdienst enthält, oder eine solche Vergütung sich oder einem anderen gewähren oder versprechen läßt (§ 4 a. a. O.).
4. Wegen **Provisionswuchers** wird bestraft, wer vorsätzlich für die Vermittlung eines Geschäfts über Gegenstände des täglichen Bedarfs oder über Leistungen zur Befriedigung des täglichen Bedarfs eine Vergütung fordert, die unter Berücksichtigung der gesamten Verhältnisse einen übermäßigen Verdienst enthält, oder eine solche Vergütung sich oder einem anderen gewähren oder versprechen läßt (§ 5 a. a. O.).
5. Wegen **Kettenhandels** wird bestraft, wer vorsätzlich den Preis für Gegenstände des täglichen Bedarfs dadurch steigert, daß er sich in eigennütziger unwirtschaftlicher Weise als Zwischenglied in die Kette des Warenumsatzes einschiebt (§ 6 a. a. O.).
6. Wegen **Warenzurückhaltung** wird bestraft, wer Gegenstände des täglichen Bedarfs, die zur Veräußerung bestimmt sind, in der Absicht zurückhält, durch die spätere Veräußerung einen höheren Gewinn zu erzielen oder den Preis hochzuhalten (§ 7 a. a. O.).
7. Wegen **Schleichhandels** wird bestraft, wer vorsätzlich einen Gegenstand, für den ein Höchstpreis festgesetzt ist, oder der sonst einer Verkehrsregelung unterliegt, unter vorsätzlicher Verletzung einer zur Regelung ergangenen Vorschrift oder unter Verleitung eines anderen zur Verletzung einer solchen Vorschrift oder unter Ausnutzung der von einem anderen begangenen Verletzung einer solchen Vorschrift zum Zwecke der Weiterveräußerung mit Gewinn erwirbt.

   Wegen Schleichhandels wird ferner bestraft, wer gewerbsmäßig Geschäfte der im Absatz 1 bezeichneten Art vermittelt. (§ 9 a. a. O.)
8. Bei vorsätzlicher Zuwiderhandlung tritt **Gefängnis** und **Geldstrafe** von zehntausend Mark bis zu zwanzig Millionen Mark ein; in besonders schweren Fällen ist die Strafe **Zuchthaus** und Geldstrafe von mindestens einer Million Mark, das Höchstmaß der Geldstrafe ist unbeschränkt. Die fahrlässige Begehung von Preistreiberei hat Gefängnis bis zu einem Jahre und Geldstrafe oder eine dieser Strafe zur Folge (§§ 12 u. 13 a. a. O.)
9. Neben der Strafe tritt **Einziehung** des wucherischen Gewinns oder Verdienstes ein. Auch kann bei Preistreiberei auf Einziehung der Gegenstände, auf die sich die strafbare Handlung bezieht, sowie der bei der Tat verwendeten Verpackungs- und Beförderungsmittel erkannt werden, selbst wenn sie weder dem Täter noch einem Teilnehmer gehören. (§§ 16 und 23 a. a. O.)
10. Neben Gefängnis kann bei vorsätzlicher Preistreiberei auf **Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte** erkannt werden, neben Zuchthaus ist hierauf zu erkennen. Neben Zuchthaus ist bei Preistreiberei auf **Unzulässigkeit von Polizeiaufsicht** zu erkennen. (§§ 24 und 25 a. a. O.)
11. Neben der Strafe kann bei Preistreiberei im Urteil oder Strafbefehl angeordnet werden, daß **die Verurteilung auf Kosten des Schuldigen öffentlich bekannt zu machen ist** (§ 26 a. a. O).

Nagold, den 2. August 1923. 302

Oberamt: Münz

Tüchtiges, selbständiges

Mädchen

wird auf 1. Sept. in gutes Haus gesucht.

Hoher Lohn und gute Behandlung. 311

Näheres durch die Geschäftsstelle ds. Bl.

Verkaufe 307

ein guterhaltenes

Touren-Rad.

Anzusehen Samstag mittag 1 Uhr in der Rose in Nagold.

Bernech.

Nutzholz- und Reisverkauf

am **Montag, 6. d. M. abends 1/2 7 Uhr** in der Krone hier aus den gutsherrl. Waldungen Fichtwald Abt. Unter. Bruderrain und Wilhelmshöhe:

Beigholz: 22 Rm. Sandelholz mit Anbruch und

12 Reisigloose. 305

Freiherrl. Rentamt.

Haarscharf

wird werden Ihre

Rasiermesser u. Scheren

sowie alle Fachartikel geschliffen von

Otto Kappler

Messer- u. Stahlwaren

NB. Rasierklingen werden mit Spezialmaschinen pünktlich geschliffen.

Preisschilder und Preisverzeichnisse für Gegenstände des täglichen Bedarfs.

1. Wer Lebensmittel und sonstige Gegenstände des täglichen Bedarfs in Läden, Schaufenstern, Schaukästen, auf dem Wochenmarkt oder im Großenhandel sichtbar ausstellt oder anpreist, **ist verpflichtet die Ware mit Preisschildern zu versehen,** aus denen der genaue Verkaufspreis der einzelnen Ware ersichtlich ist. Der Preis ist für die übliche Einheit (ein ganzes Pfund, Liter, Meter, Stück usw.) in **deutlich lesbaren Zahlen in deutscher Währung an gut sichtbarer Stelle** (so daß er **von der Straße aus gelesen** werden kann) anzugeben.

2. Die Anbringung eines Preisschilds an einer Ware ist nicht erforderlich, wenn die Ware nach Maßgabe von Ziffer 1 genau bezeichnet **in ein Preisverzeichnis aufgenommen** ist, das **an gut sichtbarer Stelle** und überall da angebracht ist, wo die im Preisverzeichnis aufgeführten Waren ausgestellt oder angepriesen sind. Wer **Lebensmittel** im Kleinhandel absetzt ohne sie sichtbar auszustellen, hat für die nichtausgestellten Lebensmittel ein vorstehenden Vorschriften genügendes Preisverzeichnis **gut sichtbar in seinen Schaufenstern und Schaukästen** und an seinem Verkaufsstand anzubringen. Für **Frischfleisch** muß stets ein Preisverzeichnis im Verkaufsraum oder am Betriebsstand angebracht werden, aus dem die Verkaufspreise der zum Verkauf gelangenden Fleischarten ersichtlich sind.

3. Die Preisankündigung auf einem Preisschild oder in einem Preisverzeichnis gilt als Preisforderung im Sinne der Preistreibereiverordnung vom 13. Juli ds. Js., R.G.Bl. S. 700. Der auf einem Preisschild oder in einem Preisverzeichnis angegebene Preis **darf nicht überschritten** werden. Auch darf die **Abgabe** der im Kleinhandel üblichen Mengen an die Verbraucher zu dem auf einem Preisschild oder in einem Preisverzeichnis angegebenen Preis gegen Barzahlung **nicht verweigert,** insbesondere auch nicht von der Abnahme anderer Waren abhängig gemacht werden.

Die vorstehend unter Ziffer 1—3 genannten Vorschriften (§§ 37, 38, 40, 41 der Verordnung über Handelsbeschränkungen vom 13. Juli ds. Js., R.G.Bl. S. 706) treten am **15. August ds. Js.** in Kraft (Art. I der Ausführungsverordnung zum Notgesetz vom 13. Juli ds. Js. R.G.Bl. S. 699). Wer diesen Vorschriften zuwiderhandelt, wird nach § 42 der genannten Verordnung über Handelsbeschränkungen mit Gefängnis bis zu einem Jahr und mit Geldstrafe oder mit einer dieser Strafen bestraft; neben der Strafe kann auf Einziehung der Waren erkannt werden, auf die sich die strafbare Handlung bezieht.

Mit dem 15. August d. J. treten die seither vom Oberamt erlassenen Anordnungen außer Kraft.

Die Gemeindebehörden werden beauftragt, auf vorstehende Vorschriften Ziffer 1—3 nebst den Strafbestimmungen in ortsüblicher Weise aufmerksam zu machen und ihre Durchführung zu überwachen. Für die Stadtgemeinden Nagold u. Altensteig gilt diese Veröffentlichung zugleich als ortsübliche Bekanntmachung.

Nagold, den 2. Aug. 1923.

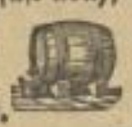
303 Oberamt: Münz.

Gültlingen.

Fahrnis-Versteigerung.

Am Montag, 6. Aug., nachm. 3 Uhr kommen im „Ochsen" zur Versteigerung gegen Barzahlung: 310

1 weiß lackiertes Schlafzimmer,
bestehend aus 1 Schrank (2tür.), **1 eiserne Bettstelle mit Matratze, 1 Waschtisch mit Spiegelaufsatz, 1 Nachttisch,**
1 Garderobenständer mit Spiegel,
1 Waschkessel (mittelgroß, fast neu),
2 Mostfässer, 229 Liter u. 100 Liter, und sonstiges.



Der Schwäbische Heimatkalender

für das Jahr 1924
ist erschienen und
vorrätig bei **Buchhandlung Zaiser, Nagold.**

Infolge außerordentlicher Geschäftsanhäufung sehen wir uns gezwungen unsere **Kassen-Schalter** außer Samstags nachmittags auch **jeden Dienstag und Donnerstag nachmittags bis auf Weiteres zu schließen.** 273

Gewerbebank Nagold e. G. m. b. H.
Oberamtssparkasse Nagold.

Konsum- und Sparverein Nagold und Umgebung

e. G. m. b. H.

Am Samstag den 11. August abends 8 Uhr findet im **Traubensaale** hier eine

außerordentliche Generalversammlung

statt.

Tagesordnung: 1. Erhöhung des Geschäfts-Anteils.
2. Verschiedenes u. Anträge.

Anträge zur Generalversammlung sind schriftlich **bis Donnerstag den 9. Aug.** bei dem Unterzeichneten einzureichen.

Die Versammlung findet ohne Getränkeabgabe statt. Die Mitglieder werden zu recht zahlreichem Besuch eingeladen.

308 **Der Aufsichtsrat.** J. A.: Ila.

An unsere verehrte Kundschaft, die Zuckermarke 9—12 bei uns abgegeben hat.

Auf den Kopf der Bevölkerung entfallen für Juli 3 Pfd. Verbrauchszucker, welche demnächst zur Verteilung gelangen werden. Da wir ohne Vorauszahlung Zucker von der Fabrik nicht bekommen können und wir bei der rasenden Geldentwertung außer Stande sind, die Mittel selbst parat zu stellen, müssen wir die bei uns eingeschriebenen Zuckerabnehmer bitten, umgehend **längstens bis 8. August ds. Js. eine Vorauszahlung von Mk. 10 000 per Pfund** zu leisten, andernfalls wir eine Belieferung von Zucker ablehnen müssen. 304

Hochachtungsvoll!

die Kleinverkäufer von Zucker in Nagold.

Nagold.

Verkaufe am nächsten Dienstag vormittag

312 **schöne Milch- und Läuferschweine**

Chr. Kienle, Schweinehdlg.

Von Montag früh ab bringe ich in der Wirtschaft zum Hasen in Herrenberg einen Transport Oberländer

Milch- u. Läufer-

Schweine

zum Verkauf wozu Liebhaber freundl. einladet. 316

Konrad Wanner.

Motto: Mein Schaf gibt mir mein Kleid.

Schaf-Wolle

verarbeitet zu
Herren- u. Damenstoffen, Flanellen, Decken u. Garnen
gegen billigen Arbeitslohn

Gegründet 1859 **L. G. Vocke** Gegründet 1859

Wollwarenfabrik Bramsche 20
Bezirk Osnabrück.

Annahmestellen bei ersten Manufakturisten gesucht. Muster franko. 28

Amtlicher Taschenfahrplan

für Württemberg, Hohenzollern und die wichtigsten Anschlußstrecken der benachbarten Länder mit Uebersichtsfahrplan der **Kraftwagenlinien** und **Postfahrplan Sommerdienst 1923. Gültig vom 1. Juni an.**

Vorrätig bei

Buchhandlung Zaiser, Nagold.

Statt Karten.

Lydia Schwarz
Eugen Stoll
Verlobte

Nagold — Stuttgart / Ebingen

288 August 1923.

Wilh. Brenner
Anna Brenner geb. Dieterle
Vermählte

Walddorf, den 3. August 1923.

Dr. med. F. Rosenfeld, Stuttgart

Augustenstr. 4, Telef. 2638, Spr. 9—11 u. 3—5. 310
Arzt f. innere Krankheiten, bes. Lungen- und Herzleiden, zurückgekehrt.

Einladung.

Die Musikkapelle Sindelfingen

unternimmt am **Sonntag, den 5. Aug. 1923** einen **Ausflug** nach **Ebhausen** und wird bei dieser Gelegenheit im **Traubensaal** daselbst ein

Konzert

geben, wozu jedermann höflichst eingeladen ist.

306 **Der Besitzer.**

Anfang nachm. 2 Uhr. Eintritt frei.

Gündringen.

Nächsten **Sonntag, den 5. d. Mts.** findet im Gasthaus zur **Krone** große 299

Hundeschau

statt.

181

AR

Oelsamen-Lohnschlägerei

Ich nehme wieder täglich gute **luftgetrocknete** Oelsaaten aller Art wie Reps, Mohn, Dotter, Hanf, Hederich und Lein zum Schlagen an. Ganz besonders mache ich wieder auf mein **rühmlichst bekanntes**

raffiniertes u. destilliertes Speise-Repsöl

aufmerksam, dem nach dem seitherigen Verfahren bekanntlich der herbe Beigeschmack **dauernd und vollkommen** genommen ist.

Neben einer **guten Ausbeute** sichere ich bei **mäßiger Berechnung ein erstklassiges, von jedem Beigeschmack freies, garantiert ein Jahr lang haltbares und bis auf den letzten Tropfen klares Oel** zu. Die **Oelkuchen** werden **gemahlen.**

Im Interesse meiner Kundschaft empfehle ich, mir die Saaten nicht in kleinen Posten, sondern den ganzen Vorrat auf einmal zur Verarbeitung zu geben, welch letztere sich dadurch verbilligt.

Ebenso auch **kaufe** ich guten Reps in jedem Quantum.

Alfred Reclam, Nagold

Fernspr. 101. Hauptbahnhof.

Mütterberatungsstunde

Montag 2—5 Uhr
im **Jugendamt.**

Nagold. 297

Löwenlichtspiele.

Samstag Abend 8.15
Sonntag 2.30, 4.30, 8.15

Die Maske des Indianers

Wild-West-Schlager in 6 Akten,
sowie schönes Lustspiel in 5 Akten.

Rotseiden.

Nächsten Sonntag große

301

Hundeschau

im Gasth. z. Waldhorn.

Verloren

von Bethlingen b. Nagold

Mantelpelerine.

Abzugeben gegen Belohnung in **Nagold,** „Schiff". 314

1—2 313

tüchtige, selbständige

Holz-Bildhauer

für dauernde Stellung gegen höchste Bezahlung

sofort gesucht.

Wilhelm Walz, Möbelfabrik
Birkenfeld
Telefon Nr. 4.

Metallbetten 5
Stahlmatratz., Kinderbetten dir. a. Prin. Katal. 91 G. frei.
Eisenmöbelfabr. Suhl (Thür.)

Gottesdienstordnung.

Evang. Gottesdienst

am 5. Aug (10 S. nach Pf.) 1/2 10 Uhr Predigt (Schaiser), 2/4 11 Uhr Kindergottesdienst. 1/2 2 U. Festpredigt z. Volksbundtag v. Pf. Decker Oberjettingen, 3 Uhr Volksbundfeier auf dem Schloßberg.

Montag 6. Aug. 8 Uhr früh Erntebetstunde.

Iselshausen: Sonntag 9 U. Predigtgottesdienst, Montag 7 Uhr Erntebetstunde.

Ev. Gottesdienste der Methodistengemeinde

Sonntag vorm. 1/2 10 Uhr Predigt (J. Rauhaus-Wintersteig), 1/2 11 Uhr Sonntagschule, nachm. 2 U. Gesangsfest, veranstaltet v. d. Chören der Methodistengemeinden Wintersteig u. Nagold unter Mitwirkung d. Sopranistin J. aus Jul. Rachel-Frankfurt a. M.

Montag abd. 8 1/2 U. Gebetsstunde. Mittwoch abd. 8 1/2 U. Erntegebetstunde.

Iselshausen: Dienstag abd. 1/2 9 Uhr Gottesdienst bei Hrn. Gottl. Graf.

Kathol. Gottesdienst.

Sonntag 5. Aug., 1/2 8 U. Gottesdienst i. Rohrdorf, 1/2 10 Uhr Gottesdienst in Nagold, 2 U. Andacht. Montag 6. Aug. 1/2 10 Uhr Gottesdienst in Altensteig. Mittwoch 8. Aug. 7 Uhr Gottesdienst in Rohrdorf.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw